

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Verbotlich ist die Abnahme der Zeitung und Postkarte nachmittags 4 Uhr für den folgenden Tag. Bestellungen bei Geschäftsstellen monatlich 4 Mk., durch unsere Vertreter in der Stadt monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.50 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postkarten und Postboten (wie unsere Vertreter und Geschäftsstellen) nehmen sofort Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Abnahme, wird der Postbote die Bestellungen nicht annehmen. Im Falle späterer Abnahme, wird der Postbote die Bestellungen nicht annehmen. Im Falle späterer Abnahme, wird der Postbote die Bestellungen nicht annehmen.



Interessante 1. III. für die Anstaltliche Verwaltung oder deren Beamte, Kolonialrat 40 Mk., Postkarte 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Nachzahlung einzureichen. Postkarte 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Nachzahlung einzureichen. Postkarte 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Nachzahlung einzureichen.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorand. Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 23.

Freitag den 28. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In einer Unterredung sprach sich Außenminister Dr. Simons über die Maßnahmen der Reichsregierung und der Interalliierten Kommission zur Sicherung einer ruhigen Abwicklung in Oberschlesien ausführlich aus.
- * Der Mecklenburg-Schwerinsche Landtag beschloß gemäß dem Antrag der Deutschnationalen Auflösung des Hauses und Ausschreibung von Neuwahlen für den 13. März.
- * Das noch ausstehende Mandat zum sippischen Landtag haben die Mehrheitsfraktionen bekommen, so daß diese Partei 3 Mandate gegen 11 im alten sippischen Landtag besitz.
- * Der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ soll in den nächsten Tagen im Ausland entgegen allen Abmachungen erscheinen.
- * In einem Brief an den Kardinal-Staatssekretär Gaspari fordert der Papst Hilfe für das bedrängte Österreich.
- * Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die Entente alle türkischen Zölle mit Beschlag belegt.
- * Zwischen Amerika und Japan ist über die kalifornischen Fremdenarbeit eine Verständigung erzielt worden.

Reden, nichts als Reden...

Am zweiten Tage der Pariser Konferenz schon hört man davon sprechen, daß im nächsten Monat abermals eine Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner der Entente nötig sein werde, um die Bearbeitung der orientalischen Frage nun endlich ernsthaft in Angriff zu nehmen. Für Beschäftigung und Unterhaltung der hohen Herren aus Paris und London und ihrer gesamten europäischen und nichteuropäischen Schutzbesoldeten ist also ausreichend gesorgt, für dieses und wohl auch noch für viele folgende Jahre. Wie lange aber noch die allgemeine Öffentlichkeit an diesem ebenso geräuschvollen wie ergebnislosen Schachspiel Anteil nehmen wird, ist eine andere Frage. Verbirgt sich doch hinter ihm nichts anderes als die immer deutlicher hervortretende Ohnmacht der neuen Schiedsrichter der Völker, die sich vermaßen, der Welt ein neues Gesetz geben zu wollen, als wäre sie so wie sie bis zum Kriege war und wie sie im Grunde auch heute noch ist, das Produkt irgendwelcher Willkür und nicht das Kind einer naturnotwendigen Entwicklung gewesen. Im Willen zur Fortführung waren die herrschenden Herrschaften noch einigermassen einig, aber jetzt, wo die Folgen dieser Art von Kriegsendigung immer erschreckender zutage kommen, gebärden sie sich wie hilflose Geisse auf dem Dache. Sie reden, sie reden und sie reden immer wieder, aber keiner weiß im Grunde, was gesprochen soll.

Die Entwaffnung Deutschlands spielt auf der Pariser Konferenz bei weitem nicht die große Rolle, wie wir uns das hier vorgefickt haben, weil die Franzosen und diese Einbildung durchaus beibringen wollten. Ihre Generale marschieren freilich mit dem ganzen Ritzzeug ihrer Spionagetätigkeit auf, um den Eindruck zu erwecken, als wären sie tief innerlich davon überzeugt, daß man uns nun endlich gehörig auf den Leib rücken müsse. Wenn man dann aber sieht, daß ganze 450 schwere Geschütze, die bei uns irgendwo vorhanden oder verborgen sein sollen, ihnen angeblich den Schlaf der Rache stören, so läßt sich begreifen, daß Lloyd George über solche Albernheiten mit einer leichten Handbewegung hinweggeht. Man wird Herrn Briand mit neuen Frischfleischwagen für die Entwaffnung beruhigen, und damit wird sich die liebe Seele hoffentlich bis auf weiteres zufriedengeden. Dafür war der britische Ministerpräsident nun so ungnädiger, als am zweiten Verhandlungstage, bei der Behandlung der österreichischen Finanz- und Wirtschaftsnote, der Versuch gemacht wurde, den unglücklichen Kleinstaat an der Donau von der Schuld für die Katastrophe, in die er geraten ist, reinzuwaschen. Der italienische Delegierte, Graf Sforza, war es, der die Anschauung vertrat, die Alliierten hätten in der Hauptsache selber die gegenwärtige zerrüttete Lage des österreichischen Staates verschuldet. Als nun, erwiderte darauf Lloyd George, nicht die Schuld, die einen Soldaten verleiht, sei schuld an dieser Gesundheitszerrüttung, sondern der Soldat, der in den Krieg gezogen sei. Wo was tun? Man will die Militärkommission, die in Wien doch auch wirklich nichts mehr zu suchen hat, „in einigen Wochen“ auflösen und den Umfang der Wiederherstellungskommission erheblich einschränken. Außerdem ist natürlich wieder eine Kommission eingesetzt worden, die weitere Vorschläge machen soll. Kann man für einen todkranken Patienten besser sorgen? Aber wie gesagt, kritisieren und beschämen, darauf versteht man sich allenthalben ganz gut; das Besser- und das Wiedergutmachen — damit aber hapert's gewaltig.

Und was wird nun eigentlich aus der Entschädigungsfrage? Um die Frage aller Fragen für die Franzosen, die ja selber nicht mehr wissen, wie und woher sie ihre finanziellen Bedürfnisse noch decken sollen? Von der ersten ist sie vorläufig schon an die dritte Stelle gerückt. Denn nach der Entwaffnung und der österreichischen Finanznote soll erst noch die Kohlenfrage behandelt werden, und Lloyd George will, wie seine Umgebung mit gar nicht unzulässiger Heftigkeit betonen, daß man am Freitag wieder zu Hause sein. Er soll überdies die Absicht haben, die Entschädigungsfrage mehr von englischen, als von französischen Standpunkten aus zu behandeln. So soll sie ihm den Vorwand bieten, nach Beschäftigung für seine schon nach vielen Hunderttausenden abtötenden erwerbslosen

Arbeiter beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Umschau zu halten, was dieses schon an sich nicht gerade einfache Problem noch weiterhin sehr erschweren muß. Aber warum sollen die Engländer nicht auch bei dieser Frage an sich selbst denken? Und wenn die Franzosen Schwierigkeiten machen sollten, so werden sie eben auf andern Gebieten — man braucht nur an die Interessengegenstände im nahen Orient zu denken — Zugeständnisse machen müssen, denn ohne Konzessionen auch den besten Freunden gegenüber, sind heutzutage einträgliche Geschäfte nicht zu machen. Mit andern Worten also: der schöne Schwung französischer Kammerreden wird vor dem nächsten Geschäftsgesicht britischer Praktiker etwas zurückweichen müssen. Wie weit, das entscheidet sich nach dem größeren oder geringeren Verhandlungserfolg, das man am grünen Konferenzstisch zu entfallen verfehlt.

Das Ende aller Dinge ist mit der Pariser Konferenz noch lange nicht gekommen. Die Zeit ist der geduldigste aller Ärzte. Sie wird helfen auch manche deutsche Wunde zu heilen, an der wir uns schon zu verbluten glauben.

Die Stellung der deutschen Regierung.

Zustimmung zu den 5 Jahreszahlungen.

Wie eine halbamtliche Veröffentlichung sagt, ließ sich der Reichszentralrat vom Reichsminister des Äußeren und vom Reichsfinanzminister eingehend über die Frage der Wiedergutmachungsverhandlungen unterrichten. Es bestand Übereinstimmung in folgender Beurteilung des Sachverhältnisses und der Stellungnahme der deutschen Regierung:

Rach wie vor ist es ein dringendes Interesse Deutschlands, die Höhe seiner Reparationspflicht so bald als möglich kennen zu lernen. Es hat ein vertragmäßiges Recht darauf, daß ihm diese Kenntnis bis zum 1. Mai 1921 verschafft wird. Andererseits erkennt Deutschland an, daß zurzeit die Festsetzung der Schuldsumme technisch und eine Verständigung über die Festsetzung psychologisch schwierig wäre. Die deutsche Regierung würde daher bereit sein, auf die Einhaltung der Frist zu verzichten, wenn es ihr gelänge, sich mit den Alliierten über Teilleistungen Deutschlands während der nächsten fünf Jahre zu verständigen. In diesem Sinne hat sie den Plan der fünf Jahreszahlungen als Ausgangspunkt der weiteren Verhandlungen angenommen. Die deutsche Regierung verlangt nun, daß bei den Verhandlungen über diesen Plan die zahlenmäßige Höhe der Jahresleistungen einwilligen vorgehalten bleibt, und daß zunächst die Methode der Sachleistung, ihre Bewertung und die für die Bemessung von Deutschlands Leistungsfähigkeit maßgebenden, in Brüssel näher bezeichneten Umstände erörtert werden, und daß über die Höhe der Gesamtschuld auch beim Zustandekommen der Vereinbarung über die Jahreszahlungen nicht etwa erst nach Ablauf der fünf Jahre, sondern sobald als möglich weiter verhandelt wird.

Dieses Verlangen ist von dem französischen Vizepräsidenten in Berlin bei seiner entscheidenden Besprechung mit dem deutschen Außenminister als berechtigt anerkannt worden. Es bildet also die Grundlage der weiteren Verhandlungen. Ohne ein Entgegenkommen der Alliierten auf dem von der deutschen Delegation in Brüssel bezeichneten Gebiete könnte die deutsche Regierung die Annahme der fünf Jahresleistungen, die ein großes Entgegenkommen ihrerseits darstellt, nicht verantworten. Die Brüsseler Sachverständigenbesprechungen sind noch nicht zu Ende geführt.

Erregung im Ruhrrevier.

Drohende Lohnkämpfe.

Unter der Mehrzahl der Vergarbeiter im Ruhrrevier herrscht augenblicklich eine große Erregung gegen den Reichsernährungsminister, da dieser die Preise für die den Vergarbeitern auf Grund des Epa-Abkommens zustehenden Mehrmengen erhöht hat. Dies ist notwendig geworden, weil allein die erhöhte Proimenge eine Mehrausgabe von 400 Millionen Mark erforderlich hat. Die tabulalen Führer wollen die Leitung der Vergarbeiterorganisation in die Hand nehmen und die Vergarbeiter dazu bringen, das überhöhtenabkommen und die Tarife zum 1. März zu kündigen. Die angekündigten Lohnforderungen sind derart beträchtlich, daß man sie voraussichtlich nicht wird bewilligen können.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neue Ernährungsministerkonferenz.

Am 22. Februar werden die Ernährungsminister der Einzelstaaten eine neue Konferenz über das künftige System der Getreideverfassung und über die Gestaltung des Getreidepreises abhalten. Diese Konferenz wird nach München einberufen werden. Zurzeit schweben im Reichsernährungsministerium noch Erwägungen über die der Konferenz zu erstattenden Vorschläge, in welcher Weise die nächste Ernte erfaßt werden soll. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Daher sind auch die von anderer Seite verbreiteten Meldungen, daß das Reichsernährungsministerium sich entschlossen habe, eine Erhöhung der gegenwärtig geltenden Getreidemindestpreise um rund 600 bis 700 Mt.

vorzuschlagen, unzutreffend. Die Konferenz der Ernährungsminister der Länder, die vor kurzem in Dresden abgehalten worden ist, hat ausdrücklich von der Festsetzung von Mindestpreisen für die nächste Ernte abgesehen, weil zuerst das System der Getreideverfassung im kommenden Erntejahr bestimmt werden soll. Das wird, wie gesagt, erst Ende Februar geschehen.

Beförderungen auf Befehl der Entente

Die sächsische Landesverwaltende, das aeronautische Institut zu Lindenberg und die geophysikalischen Anstalten in Leipzig und Frankfurt a. M. hatten die Interalliierte Kommission gebeten, Entfernungsmesser aus den Kriegsvorräten ihnen für wissenschaftliche Zwecke zu überlassen. Die Interalliierte Kommission hat die Bitte abgelehnt — und die Fortführung der wertvollen Instrumente angeordnet.

Bayern und die Reichsgründung

Bei Wiedereröffnung des bayerischen Landtages hielt vor Eintritt in die Tagesordnung Präsident Königsbauer anlässlich des 50jährigen Bestehens des Deutschen Reiches eine Ansprache, während welcher die Kommunisten und die Abgeordneten der U. S. B. den Saal verließen. Der Präsident gedachte insbesondere der geknechteten Brüder im besetzten Gebiet und in Oberschlesien, die auf den Tag drängen, an welchem sie ihr Deutschtum bekrönen können. Lenin's deutsche Missionen.

Der kommunistische Abgeordnete Büttel hat an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, was sie zur Nachprüfung der Behauptung Edward Bernsteins zu tun gedenke, der erklärt hat, daß im Jahre 1917 Lenin und Genossen für ihre Aktion in Rußland große Summen aus Mitteln des kaiserlichen Deutschland empfangen hätten. In dieser Angelegenheit veröffentlicht der Vorwärts ein ihm aus Paris zugekommenes Telegramm Kerenkows, in dem dieser erklärt, er begreife die mutige Darlegung Bernsteins über die Beziehungen zwischen den Bolschewiki und dem kaiserlichen deutschen Generalsstab, er unterziehe mit aller Energie das Verlangen nach einer unparteiischen Untersuchung und erkläre sich bereit, vor einem Organ dieser Untersuchung anzusagen. Kerenkows schlägt vor, diesem Organ internationalen Charakter zu geben.

Rußland.

× Ermordung des ukrainischen Ministerpräsidenten. Nachrichten aus der Ukraine zufolge ist der ukrainische Sozialrevolutionär Wsewolod Holubowitsch, der zur Zeit des Abchlusses des Brestler Friedensvertrages zwischen Deutschland und der Ukraine ukrainischer Ministerpräsident gewesen war, in Winniza von den Bolschewiki erschossen worden.

× Das sterbende Petersburg. Es wird berichtet, daß Petersburg jetzt nur noch 250 000 Einwohner habe. Der Mangel an Lebensmitteln ist viel größer als in Moskau. Von St. Petersburg abreisende Privatpersonen sind verpflichtet, Geiseln als Sicherheit für ihre Rückkehr zu stellen. Aber nichtbedeutend geringer nimmt die Zahl der Bevölkerung in St. Petersburg schnell ab.

Amerika.

× Verständigung mit Japan. Die Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Vizepräsidenten Hauser und dem japanischen Vizepräsidenten Hirobara über die kalifornischen Fremdenangelegenheiten und die Feststellung der japanischen Rechte in den Vereinigten Staaten sind zu einem erfolgreichen Abschluß gelangt. Die Abmachungen bedürfen jedoch noch der Ratifizierung durch die beiden Regierungen.

Deutscher Reichstag.

(57. Sitzung.) CB. Berlin, 28. Januar.

Die Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums wurde heute fortgesetzt. Zweck sprach der Abg. Graf zu Dohna (D. Volksp.). Er verteidigte dem Justizminister, bei der Durchführung seines Programmes der vollen Unterstützung der Deutschen Volkspartei und führte im Anschluß hieran aus: Auch wir würden es begrüßen, wenn in Bayern der Ausnahmezustand beseitigt werden könnte, aber es handelt sich um einen Rechtsnotstand, der außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Staatsautorität erfordert. Die schwierige Aufgabe der Verfolgung der Kriegsverbrecher wird vom Reichsgericht in vorbildlicher Weise gelöst. Wenn aber die Feinde trotzdem die Unparteilichkeit unersetzlichen höchsten Gerichtes anzweifeln sollten, dann können sie sich selber berufen auf die Reden, die hier von der linken Seite gehalten worden sind. An die Stelle eines geistig und sittlich so hochstehenden Richterstandes wollen die Sozialdemokraten eine Art gewähltes Parlament setzen. Das bedeutet die Politisierung unserer Justiz. Das machen wir nicht mit. Wir lehnen es ab, den von den Sozialdemokraten konstruierten künstlichen Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft

anzuerkennen. (Geschlächter auf der Linken.) Der Abg. Dr. Wolsch (N-Soz.) rief dem Redner hier zu: „Spielen Sie doch nicht Komödie!“ Die deutsche Arbeiterschaft, so sagte der Redner weiter, will nicht in einen Topf geworfen werden mit den Arbeitern, die nur das Volk immer von neuem verheeren. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten.) Wir bestreiten, daß die Arbeiter vom Gericht schlechter behandelt werden als andere Leute. Wir lehnen das Sozialministerium ab. Die Zulassung von Frauen zum Richteramt kann nicht unter Berufung auf die Reichsverfassung geändert werden, sonst müssen die Frauen auch in die Reichswehr eingezogen werden. Abg. Frau Dr. Albers (Dem.) wandte sich zuerst gegen die Beschwerden der äußersten Linken über Bestrafung. Mit

erwarten an, sagte die Rednerin, daß Beschlüsse vorzuziehen, erweisen aber besonnen nicht wie die Kommunisten den Vorwurf der bauernden Rechtsbeugung. Die Frauen halten die Verfassung nicht für eine Sammlung schöner Sentenzen, sondern wie sie sind, sie wortwörtlich zu nehmen. Darum müssen wir verlangen, daß die Frauen ganz gleichberechtigt mit den Männern als Schöffen und Geschworene zugelassen werden. Wir verlangen weiter, daß bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen alle Bevölkerungsschichten berücksichtigt werden. Die Rednerin begrüßte einen

Entwurf der weiblichen Abgeordneten sämtlicher Parteien für Zulassung von Frauen zum Richteramt.

Alle juristischen Prüfungen sollen den Frauen zugänglich sein, auch die Stellung als Staatsanwalt und Rechtsanwalt. Weiter betonte die Rednerin, daß eine zeitgemäße Reform des Adminkontrahenten notwendig sei. Das Scheidungsverfahren sei eine unerträgliche Prozedur geworden. Ferner seien besser zu wählen die Rechte der Ehefrau. Bei allen Fragen der Rechtspflege darf nie vergessen werden, daß es zweierlei Geschlechter gibt.

Rechtsjustizminister Heintze erklärte sich jederzeit bereit, über die Kriegsverbrecher mündlich Auskunft zu geben. Zu den Frauenanträgen bemerkte er, daß die geplanten Änderungen hinsichtlich der unehelichen Kinder dem Hause demnachst zu gehen würden. Familienrecht und Frauengüterrecht würde weiterhin bei der Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches mit erledigt werden. Was die Zulassung der Frauen zum juristischen Beruf anlangt, so seien sie schon jetzt zur ersten Prüfung zugelassen. Die geschlechtliche Gleichstellung von Mann und Frau werden die weiteren Wege weisen. Die übrigen Fragen werden bei dem Jugendgesetz herangezogen werden. Die Frage der Zulassung der Frauen zu den Richterstellungen müsse angesichts der großen Bedenken mancher Volksteile erst reiflich erwogen werden. Eine Überstürzung würde hier nur Schaden stiften.

Hg. Sauerbrech (U. Soz.) hielt an der Auffassung fest, daß die Arbeiter anders behandelt würden, wie z. B. der Fürst Gumburg. Manches habe sich ja in der Rechtspflege verbessert, aber im allgemeinen liege sie noch sehr im Argen. Der Redner beklagte sich über die schlechte Verpflegung und Behandlung der Untersuchungsgefangenen und forderte, daß die Gefängnisarbeiter dem freien Arbeiter keine Konkurrenz machen dürfen. Die Justiz habe stets den Kapitalismus geschützt, was aus der Stellungnahme des Reichsgerichtes zum Urteil hervorgehe. Weiter ging der Redner auf verschiedene Einzelfälle ein. Dabei kam er auch auf das Verbrechen des Jagers Kunge in der Wortsache Liebknecht-Rosa Luxemburg zu sprechen. Weiter behandelte der Redner das Vorgehen der Justiz gegen Krupp und den General Ludendorff.

Die deshalb gegen die Justiz gerichteten Angriffe wurden vom Reichsjustizminister Heintze zurückgewiesen. Die Untersuchung gegen den General von Ludendorff habe ergeben, daß nichts Belastendes gegen diesen vorliege. Hier rief man von den Linken her: „Eine Krache hat der andere nicht die Augen aus!“ Und gegen Krupp sei alles geschehen, was geschehen konnte.

Rechtsjustizminister Heintze, in seiner Rede fortfahrend, wandte sich dann noch mit besonderer Schärfe gegen den Verdröner, der u. a. gesagt hatte, wenn die Arbeiter nicht ihr Recht erhielten, dann würden sie es sich mit Gewalt holen. Der Minister warnte die Arbeiter entschieden vor einem solchen Vorgehen, denn ihrer Gewaltanwendung würde mit der ganzen Reichsgewalt entgegengetreten werden.

Darauf sprach der Abg. Levi (Komm.). Er versuchte darzutun, daß die Arbeiter bei dem Amnestiegesetz schlecht wegkommen, was er durch Einzelbeispiele zu beweisen suchte. Die Verhandlungen zogen sich noch geraume Zeit hin.

Hilfe für Österreich!

„Ein ganz unerträglicher Zustand“

Die in Paris versammelten Ennetenminister beschäftigten sich auch mit der traurigen Lage Österreichs. Der Franzose Seydoux erklärte, Österreich brauche zunächst 50 Millionen Dollar. Dafür sollen Lebensmittel und Rohstoffe gekauft werden. Ferner brauche Österreich für die nächsten Jahre weitere 170 Millionen Dollar. Seydoux machte dann verschiedene Vorschläge, wie diese Kredite zu beschaffen seien. Lloyd George unterbrach ihn hier und sagte, das sei alles recht gut und schön, man wisse nur nicht, wer diese Riesensumme zur Verfügung stellen werde.

Auch Briand und Graf Sforza griffen in die Debatte ein. Letzterer erklärte, es sei ein ganz unhaltbarer Zustand, daß Österreich von einem Tage zum anderen sein Leben fristen müsse. Graf Sforza schlug dann vor, Österreich die 5 Millionen Pfund zur Verfügung zu stellen, die sich noch in den Händen des amerikanischen Hilfskomitees für Österreich befinden. Auch müßten Österreich die ungeheuren Kosten erlassen werden, die der Aufwand der verschiedenen internationalen Kommissionen in Wien verursache.

Als Graf Sforza erklärte, daß die Alliierten in der Hauptsache selbst die gegenwärtige zerrüttete Lage des österreichischen Staates veranlaßt hätten, erklärte Lloyd

George, daß sei nicht der Fall; Österreich habe selbst schuld an seinem verzweifelten Zustand, und zum Beweise hierfür folgte er, eine Kugel, die den Soldaten schwer verleihe, sei nicht schuld an dieser Verletzung, sondern die Schuld trage der Soldat selbst, der in den Krieg gezogen sei.

Ein Aufruf des Papstes.

Der Papst hat an den Kardinalsekretär Gasparri ein Schreiben gerichtet, in dem er die gegenwärtig so traurige und vollständigen unbaltbare Lage Österreichs beklagt, die dem österreichischen Volke die Möglichkeit nehme, sich die Mittel zum Lebensunterhalt zu verschaffen. Der Papst erklärt, daß er nicht die Absicht habe, eine Lösung dieser hochpolitischen Frage vorzuschlagen, die den Regierungen vorbehalten bleibe, dagegen den Kardinalstaatssekretär anfordere, die Aufmerksamkeit der beim Heiligen Stuhl beglaubigten Diplomaten auf die schwerwiegende Tatsache zu lenken. Der Papst sagt weiter in seinem Schreiben, daß Wien ein Körper ohne Kopf sei, der mit dem Glend und der Verzweiflung kämpfe. Einige Regierungen hätten wohl Hilfe zugesagt. Selbst wenn diese aber bald käme, könne sie doch nicht wirksam sein; denn Österreich lebte in der Notwendigkeit zu einem eigenen Leben. Der Brief schließt mit dem Wunsch, daß die Regierungen sich von den hohen Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit leiten lassen und die Mittel ins Auge fassen werden, um sie zu verwirklichen.

Dr. Simons und Oberschlesien.

Zusatzbericht der Reichsregierung.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter sprach sich der Reichsaußenminister Dr. Simons sehr zuversichtlich über die Abstimmung in Oberschlesien aus. Er sagte u. a.:

Überall herrscht die Überzeugung, daß bei einer dem Friedensverträge entsprechenden, also einer freien, geheimen und unbeeinflussten Abstimmung der gesunde Sinn der Bevölkerung diese zum Votum für Deutschland führen wird.

Allerdings fordert Dr. Simons, daß die Interalliierte Kommission endlich ihre Pflicht tue und für Ruhe und Ordnung Sorge. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die mit schärferen Maßnahmen vorgehen wird, deren Erfolg nicht ausbleiben kann. Die große Zahl der Anmeldungen auswärtiger Stimmberechtigter zeigt schon jetzt, in welchem Maße die heimattreuen Oberschlesier sich dessen bewußt sind, daß niemand bei der Abstimmung fehlen darf, und daß es auf jede Stimme ankommt, um einen Sieg zu erringen, der keine andere Entscheidung als das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland zuläßt.

Aussichten deutscher Auswanderer.

(Nach amtlichen Angaben.)

Italien — Schweden — Finnland — Portugal — England — Ägypten — Ungarn — Argentinien — Brasilien — Columbia — Venezuela.

Aber die Aussichten, die auswanderungslustige Deutsche gegenwärtig im Auslande haben, werden noch immer soviel falsche Angaben gemacht, daß es dringend notwendig erscheint, der Öffentlichkeit auf Grund amtlichen Materials ein ungefärbtes Bild der tatsächlichen Verhältnisse zu geben.

Was die einzelnen Länder, die als Auswanderungsziel in Frage kommen könnten, betrifft, so sind für alle, die den festen Willen haben, sich in unermüdlicher Arbeit im Auslande eine Heimstätte zu schaffen, die Arbeitsaussichten in außerordentlich europäischen Ländern zurzeit recht schlecht. Dringend gewarnt werden muß vor der Auswanderung nach Italien, für die von gewissen gewissenlosen Agenten augenblicklich mit besonderem Eifer geworben wird. Es ist wiederholt vorgekommen, daß in Italien Einwanderer kurz nach ihrer Ankunft selbstertrug, rabiatl ausgeplündert und in Konzentrationslagern untergebracht worden sind.

Auch zur Auswanderung nach Schweden, das den Deutschen im übrigen sehr freundlich gesinnt ist, kann nicht geraten werden, da die Arbeitslosigkeit im Lande außerordentlich groß ist und die Arbeiterorganisationen die Einwanderung mit allen Mitteln zu verhindern suchen. In dem Schweden einigermaßen verwandten Finnland gibt es zwar mehr Arbeit, aber Auswanderungslustige sollten sich beim Abschluß von Arbeitsverträgen sehr vorsehen, da hohe Gehaltsangebote wegen der in Finnland herrschenden ungewöhnlich großen Löhnerung nicht allzuviel bedeuten.

In Portugal und den portugiesischen Kolonien bestehen für deutsche Arbeiter und Handwerker nicht die ge-

ringsten Aussichten. Nicht viel anders verhält es sich mit England. Obwohl jetzt die Rückwanderung von Deutschen, die schon früher in den englischen Besitzungen anständig waren, gestattet werden ist, ist diese Rückwanderung doch nicht anzuraten, da im britischen Reich eine fast noch größere Arbeitslosigkeit herrscht als bei uns.

Die Ukraine, wo noch immer Klein- und Vandalenkriege geführt werden, scheidet vorläufig als Auswanderungsziel völlig aus. Auch in Ungarn bestehen keinerlei Siedlungsmöglichkeiten, ganz abgesehen davon, daß die derzeitigen politischen Verhältnisse dieses Landes eine Auswanderung dorthin nicht besonders empfehlenswert erscheinen lassen würden.

Was das nicht europäische Ausland angeht, so ist vor allem darauf hinzuweisen, daß das jetzt über den grünen Klee gepriesene Argentinien durchaus kein Schlaraffenland ist. Besonders der Landarbeiter hat es schwer. Die Wohnverhältnisse sind mehr als schlecht, und die Schlafgelegenheiten sind äußerst primitiv. Wer sich ansiedeln will, muß mindestens etwa 4000—5000 Pesos (nach Friedenssaluta ungefähr 16 000 bis 20 000 deutsche Mark) nach jetzigem Stande über 100 000 Mark) haben. Man kann sich dieses Kapital als Landarbeiter nur mühsam erwerben und hat infolgedessen erst nach jahrelanger schwerer Arbeit Aussicht auf ein besseres Leben. Gut sind die Arbeitsmöglichkeiten in Argentinien für Techniker, Mechaniker, Handwerker und Landarbeiter, besonders gut für Ehepaare, die sich der Garten- oder Hausarbeit widmen wollen, sehr schlecht dagegen für kaufmännische Angestellte.

Wesentlich ungünstiger als in Argentinien liegen die Verhältnisse in Brasilien, dessen Klima die Arbeit oft zu einer Plage macht. Der Klimawechsel hat besonders für kleine Kinder oft sehr schädliche Folgen. Zu warnen ist vor plantlosen Reisen nach Columbia, wo es an Arbeitsmöglichkeiten ganz und gar fehlt. Wie es mit Venezuela ist, läßt sich vorläufig noch nicht übersehen. Es werden von der Regierung Einwanderern zwar mancherlei Erleichterungen in Aussicht gestellt, aber es muß abgewartet werden, ob das nicht bloß inhaltslose Worte sind.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 böhmische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 Schweizerfranken, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gekehrt wurden. („Brief“ = angedoten; „Gold“ = gelocht.)

Vorzeichen	26. I.	25. I.	Stand
	Gold/Brief	Gold/Brief	I. 14
Dollars .. Gulden	1833,10/1896,10	1833,10/1896,00	170 ML
Dänemark .. Kronen	1118,80/1121,15	1143,55/1146,15	112
Schweden .. Kronen	1223,75/1226,25	1211,25/1213,75	112
Norwegen .. Kronen	1095,40/1098,80	1088,90/1091,10	112
Schweiz .. Francs	—	884,10/885,90	72
Amerika .. Dollars	56,94/57,02	56,56/56,68	4,40
England .. Pfund	215,25/215,75	213,00/213,50	20,20
Frankreich .. Francs	405,55/406,45	420,55/421,45	99
Belgien .. Francs	425,55/426,45	428,55/429,45	89
Italien .. Lire	213,78/214,25	212,75/213,25	89
Österreich .. Kronen	17,22/17,27	16,48/16,52	85
Ungarn .. Kronen	11,73/11,77	11,64/11,64	85
Tschechien .. Kronen	78,02/78,24	76,90/77,10	85

* Starke Anwohnen der Erwerbslosen. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dez. bis 1. Jan. um 43 000 auf rund 409 000 gestiegen, und zwar hat die Zahl der männlichen sich von 292 000 auf 333 000, die der weiblichen von 74 000 auf 76 000 erhöht. Der besonderen Steigerung der männlichen Erwerbslosen entspricht die starke Zunahme der Familienangehörigen von 381 000 auf 454 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die unterrichteten Erwerbslosen mit ihren Angehörigen nur einen Bruchteil der wirklichen Erwerbslosen bilden. Tatsächlich dürfte die Zahl der Erwerbslosen und ihrer mitbetreffenden Angehörigen das Doppelte der vorgenannten Ziffern übersteigen, was zu noch die sehr große Zahl der sogenannten „Sturzarbeiter“ tritt. Wenn trotz der Arbeitsförderung und trotz der Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge, durch die mehr als 300 000 Arbeitern Beschäftigung verschafft worden ist, die Erwerbslosigkeit jetzt so gewaltig ansehwilt, so zeigen sich damit nicht zuletzt die Folgen des Kohlenabkommens von Spa, dessen erdrückende Wirkungen auf die deutsche Industrie mehr und mehr in Erscheinung treten.

* Unterzeichnung des deutsch-holländischen Abkommens. Wie berichtet, sind die Vorschläge bezüglich des Status und der Zusammenlegung der Freuhandelsgebiete, die laut dem niederländisch-deutschen Kreditabkommen aegründet werden soll, um

Gräfin Pia

Roman von H. Courths-Wahler.

49. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Wenn du dich aber nun täuschst, Tante Maria — wenn ich mich dumme und ungeschickte anstelle — wirst du dann sehr böse sein?“ fragte Pia noch immer ängstlich.

Die Gräfin lachte und zog sie zu sich heran, um sie auf die Wangen zu küssen. Dies kleine Komteßchen war zu süß in ihrer Herzoginheit. Tante Maria hatte ihr Pflegschilderchen längst ins Herz geschlossen. Und je mehr sie Pias innere und äußere Vorzüge erkannte, je mehr tat es ihr leid, daß sie von Hans nicht so geliebt wurde, wie sie es verdient hätte. Sie war von dem Wunsche befeelt, daß ihr Neffe Pia sein ganzes Herz zuwenden und mit ihr glücklich werden möge. Was an ihr lag, Pias äußeres Lebenswert zu gestalten, das sollte niemals geschehen.

Wie viel oft für eine Frau davon abhängt, vorteilhaft anzusehen, mußte die Gräfin als erfahrene Frau. Woher hatte die kleine Komteß mit einer wahren Virtuosität all ihre Reize ängstlich verdeckt und hatte Hans Ried, den Bewohnten, kaum durch ihr Neuhäres fesseln können. Jetzt sollte sie nun lernen, ihre Reize zu entfalten. Daß Pia von Natur durchaus nicht stiefmütterlich ausgestattet war, hatte die Gräfin längst herausgefunden.

Sie sagte nun gütig:

„Liebe kleine Pia, ich werde dir ganz sicher nicht böse sein — auch wenn du, wie du fürchtest, eine Dummheit machen solltest. Aber das sollst du gar nicht fürchten — nur nicht verzagen. Phantasie dich nicht in eine törichte Angst hinein, damit machst du dich nur unsicher. Und jetzt wollen wir nun gleich einmal eine Kostprobe abhalten, ob auch alles Gesehene tadellosg ausgefallen ist.“

Die Damen erhoben sich vom Frühstückstisch, und die Gräfin klingelte dem Diener, damit er das Geschirer hinausräume.

Als sie wieder allein waren, sagte die Gräfin, die Pia eine ganze Weile wie prüfend betrachtet hatte:

„Komm einmal her zu mir, Pia. Setze dich hier auf diesen Sessel und halt ein Weischen still.“

Pia tat, wie ihr geheßen wurde.

„Was willst du tun, Tante Maria?“

„Ich will nur einmal dein Haar auflösen und sehen, ob du dich nicht leidamer frisieren lassen kannst.“

„Ach nein, es hält nur so auf dem Kopfe fest. Ich muß es ganz fest einzwängen.“

Ruhig zog die Gräfin die Nadeln aus dem Haar und begann die Flechten aufzulösen.

„Das ist ein Verstum, Kind. Man kann auch starkes Haar lockerer flechten und ausflechten, und es doch ganz festhalten. Das mußt du dir nachher einmal von Rosa ordnen lassen nach meinen Angaben. Mein Gott! — Welch eine Fülle steckt in diesen steifgeschlohenen Zöpfen. Kind, du weißt wohl gar nicht, daß der liebe Gott der Frau das Haar zum Schmuck gegeben hat? Und dich hat er in wahrhaft verwunderlicher Fülle mit dem herrlichsten Haar ausgestattet. Wer vermutet solche Pracht in deinen barbarisch eingezwängten Zöpfen! Du kleines, brüchliches Komteßchen — was hast du für wundervolles Haar.“

Pia erstarrte jäh. Sie dachte an jene Stunde, da sich Hans Ried zur Belohnung für seine Hilfe bei ihrem Unfall in der Burgruine ihre Mühe ausgedehnt hatte, damit sie nicht mehr ihr Haar verdecken sollte. Ob es Hans wirklich so gut gefallen hatte, ihr Haar?

Pia erwiderte: „Ist es denn wirklich schön, mein Haar, Tante Maria?“

Die Gräfin ließ es bewundernd durch ihre Finger gleiten.

„Ich habe noch nie schöneres gesehen. Und dieser satte, warme Goldton ist herrlich. Er kommt bei deinen steifen Zöpfen so wenig zur Geltung, wie die weiche, lockige Fülle. Auf diesen Frauenköpfen wächst eine solche Pracht nicht. Mein, meine kleine Pia — es wäre eine Sünde, ließe ich dich weiter so herumlaufen. Komm, wir gehen in dein Zimmer

hinüber. Rosa soll dich gleich zur Probe einmal anders frisieren. Und dann probieren wir die neuen Kleider an.“

Willing ließ sich Pia fortführen.

Rosa wurde gerufen und machte sich mit stichtlicher Ebnung an sein Werk. Sie hatte schon immer bedauert, daß Komteß auf die „schauerhafte“ Figur bestand.

Die Gräfin setzte sich Pia gegenüber und gab ihre Anordnungen.

„Keine kunstvolle Frisur, Rosa. Das Haar der Komteß ist zu schön und zu reich, als daß es sich dazu eignete

Teilen Sie vorn einen Scheitel, ganz zwanglos und weich muß das Scheitelhaar fallen — so ist es recht. — Und nur das ganze übrige Haar in zwei gleiche Flechten. Nicht gar zu locker flechten, sonst bergen wir die Fülle nicht. So ist es gut. Jetzt flechten Sie die Flechten zu einem großen Nest, das den ganzen Kopf bis zum Ansatz des Scheitels gleichmäßig bedeckt.“

So gebot die Gräfin, und Rosa folgte eifrig und geschicklich ihren Befehlen. Man sah, es machte ihr selbst Berggügen die Komteß zu frisieren. Die bereits engagierte Jose für Pia sollte erst in den nächsten Tagen antreten. Gräfin Maria hatte eine sehr sorgsame Wohl getroffen.

Schnell war nun die neue Frisur beendet.

Pia sah ganz verwundert in den Spiegel. Wie festum verändert sie durch diese hübsche, ungezwungene Frisur ausah.

„Jetzt schaue ich wirklich wie eine Dame aus, Tante Maria, nicht mehr wie ein kleines dummes Mädel von Lande. Sehr hübsch hat Rosa das gemacht.“

Sie lachte in sich hinein und sah sich von allen Seiten an. Und sie konnte sich auch wohl freuen über das reizende goldbraune Köpfchen, über das die helle Wärgsonne goldene Lichter streute. „Also bist du zufrieden?“ fragte die Gräfin lächelnd.

Pia nickte und dann bewegte sie energisch den Kopf hin und her.

(Fortsetzung folgt.)

die Kredite zu gewähren, von der niederländischen Regierung ist unterzeichnet worden, und Herr Kreuter, das Mitglied des deutschen Verwaltungsausschusses, wird im Haag erwartet, um die Bedingungen über die Durchführung des Vertrages zu leiten. Bei diesem Gedankenaustrausch werden noch einige Punkte über die Bekämpfung von Lebensmitteln besprochen werden, die noch nicht ganz geklärt sind.

* **Französisches Kapital in der ober-sächsischen Industrie.** Die aus Obersachsen gemeldet wird, schweben zwischen Vertretern einzelner ober-sächsischer Industriezweige einerseits und französischer Finanzgruppen, hinter denen das Bankhaus Zehn sowie der Credit Lyonnais steht, andererseits Verhandlungen, die zu einer finanziellen Beteiligung dieser Gruppen bei der ober-sächsischen Industrie führen sollen. Der Hauptgrund, fremdes Kapital in Obersachsen unterzubringen, ist in dem großen Bargeldmangel zu suchen, mit dem die ober-sächsischen Industrie in letzter Zeit zu kämpfen hat. Überdies sollen die Werke nicht werden. Die Verhandlungen basieren auf der Grundlage einer Beteiligung von 15 Prozent der Gesamtwerke.

* **Die Arbeitslosigkeit in Belgien.** Die Statistik des Arbeitsamtes über die Arbeitslosigkeit kommt zu einer Gesamtzahl von 78.000 Arbeitlosen am 31. Dezember.

Neueste Meldungen.

Die „Kote Armee“ vor Gericht.

Hannover. Wie berichtet, soll die Eröffnung des Verfahrens gegen die verhafteten Führer der westdeutschen „Kote Armee“ bereits Anfang Februar durch das „Außerordentliche Gericht“ des hannoverschen Gruppenkommandos erfolgen.

Einstellung des amerikanischen Flottenbaues

London. Einer Reutersmeldung aus Washington zufolge hat der amerikanische Senat eine vom Senator Borah eingebrachte Entschließung, in der der Marineauschuss des Senats angefordert wird, über die Durchführung und Kaufkraft bei der Einstellung des amerikanischen Flottenbaues für die Zeit von sechs Monaten Bericht zu erstatten, angenommen. Senator Borah teilte mit, daß er später eine weitere Entschließung einbringen wird, die eine Untersuchung der Gesamtfrage der Abrüstung zur See vorsieht.

Arbeiteraufschreitungen in Belgien.

Brüssel. Die belgischen Arbeiter folgen dem Beispiel der italienischen Arbeiter. So haben sie in Brüssel in Beständen von einer Tonne Kohle ergriffen. Ein ähnlicher Zwischenfall hat sich in Chateaufort ereignet, und zwar schon am 15. Januar.

Deutsche Lokomotiven für Spanien.

Madrid. Nach dem Blatt „Economista“ wurden im Wettbewerb um die Lieferung von Lokomotiven und Tender an die spanische Eisenbahn nur deutsche und belgische Offerten berücksichtigt, besonders die deutschen. Die amerikanische, französische und englischen Offerten scheiterten an den hohen Preisen und zu langen Lieferzeiten.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Das Verfahren gegen die wegen Kriegsverbrechen Angeklagten.

Berlin, 27. Januar. (tu.) Wie die P. B. N. hören, findet heute im Reichsjustizministerium eine Besprechung mit der Oberreichsanwaltschaft statt, in der die bevorstehenden Verhandlungen in London über das Verfahren gegen die wegen Kriegsverbrechen angeklagten Stellen erörtert werden sollen. In dieser Sitzung soll bestimmt werden, wer als Vertreter der Oberreichsanwaltschaft nach London fahren wird. Die Adresse des Vertreters der Oberreichsanwaltschaft wird Ende dieser Woche stattfinden, wobei die Verhandlungen in London mit Beginn der Woche eröffnet werden können. Bei den Besprechungen handelt es sich darum, die bestehenden Unterschiede in der Behandlung von Gerichtsverfahren in England und Deutschland durch ein gegenseitiges Abkommen möglichst auszugleichen. Bei den bisherigen Verfahren sind Schwierigkeiten dadurch eingetreten, daß den Auslagen von Angehörigen der Entente-Staaten die Zeugenaussagen in Deutschland (hauptsächlich) gegenüberstanden und keine Möglichkeit gefunden werden kann, eine Gegenüberstellung der Zeugen durchzuführen.

Die Tiroler Abstimmung.

Wien, 27. Januar. (tu.) Die vom Tiroler Landtag beschlossene Abstimmung über die Frage des Anschlusses an Deutschland wird am letzten Sonntag im Februar stattfinden.

Meinungsverschiedenheiten unter den Bolschewistenführern.

Paris, 27. Januar. (tu.) Nach neueren Nachrichten bestätigt es sich, daß unter den Bolschewistenführern große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Der rechte Flügel mit Lenin und Krasin spricht sich für die Unterzeichnung des Handelsabkommens mit England aus, während der linke Flügel mit Trotzki und Sinowjew gegen jedes Abkommen und gegen jede Verbindung mit den Kapitalisten sind. Weitere Widerprüche ergeben sich unter den Führern bezüglich der Haltung gegenüber den Gewerkschaften. Trotzki will die Gewerkschaften energisch unterdrücken, während Lenin ihrer Mehrheit keinen Widerstand entgegenzusetzen will.

Der Grundbesitz des früheren bulgarischen Königs in Tschechoslowakei.

Prag, 27. Januar. (tu.) Der in der Tschechoslowakei befindliche Grundbesitz des früheren Königs von Bulgarien wird parzelliert und mit Auswanderern aus dem Krader und Zipsgebiet besiedelt.

Aus Griechenland.

Athen, 27. Januar. (tu.) Alle Personen, die unter dem venezianischen Regime als Deserteur erklärt worden sind, sind bei Übernahme der Macht durch die neue Regierung durch ein Dekret begnadigt. Sie sind jetzt einberufen worden und haben sich in Massen den Militärbehörden zur Verfügung gestellt. Der Kriegsminister schätzt ihre Zahl auf 30.000.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 27. Januar 1921.

— **Tagesordnung für die Stadtverordneten-Sitzung** Donnerstag den 27. Januar 1921, abends 7 Uhr. 1. Mitteilung. 2. Gierdorsorgung. 3. Fortführung der Kinderbewilligungen. 4. Baukostenzuschüsse. 5. Eitel und Krensch. 6. Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses. 7. Anträge des Gewerkschaftsrats.

— **Das Chorkonzert für die Reichsfischschule**, das die Sängerschaft des Vereins „Gloria“ am Sonnabend gibt, bringt in seinem reichhaltigen Programm Lieder (u. a. von Bartók und Schubert), ein Violoncello aus dem „Lanzhauer“, Quartette für zwei Laute und als Mittelpunkt den „Bergmannsgruß“, ein Chorwerk mit Solo-

simmen, Rezitation und Klavier. Die Leitung hat wieder der von seinem letzten Konzert her als Orgelkünstler bekannte Kantor William Eckardt. Der ausgezeichnete Pianist Joh. Ander-Donath (Schüler von Rembaum) wird u. a. den ersten Teil des Visigischen Mephisto-Walters vortragen.

— **Keine Gleichstellung der sächs. Beamten mit den Reichsbeamten.** Im Haushaltsausschuß II des Landtages lehnte die sozialistisch-kommunistische Mehrheit den demokratischen Antrag auf Gleichstellung der sächsischen Beamten mit den Reichsbeamten in bezug auf die Zahlung der Kinderzulagen ab.

— **Rauchverbot in den Nichtraucherabteilen.** Die aus den Kreisen des reisenden Publikums sorgfältig eingehenden Klagen über die Nichtbeachtung des Rauchverbots in den Nichtraucherabteilen der Personenwagen haben die Eisenbahnverwaltung veranlaßt, die schärfsten Maßregeln in dieser Angelegenheit zu ergreifen. Das Personal wurde zur unbedingten Durchführung des Rauchverbots angewiesen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Rauchen in den Nichtraucherabteilen auch mit Zustimmung der Mitreisenden nicht gestattet ist. Gegen Reisende, die das Rauchverbot trotz Ermahnung des Schaffners nicht beachten und auch nicht in ein Raucherabteil umsteigen, ist mit Namensfestsetzung und Anzeige bei der zuständigen Eisenbahn-Betriebsdirektion einzuschreiten. Unter Umständen können solche Reisende von der Weiterfahrt ausgeschlossen werden.

— **40 Jahre Stadtfernsprecher.** Am 24. Januar waren es 40 Jahre, seitdem die erste Stadtfernsprecheinrichtung in Deutschland eröffnet wurde, und zwar in dem damals noch deutschen Rühlhausen (Elsaß). Als zweite folgte Berlin am 1. April 1881 mit — 33 Teilnehmern. Heute hat die Reichshauptstadt 830.000, also 10.000 mal soviel. Ganz Deutschland ist jetzt mit einem dichten Fernsprechnetz überzogen; 1,7 Millionen Teilnehmer und mehr als 10.000 öffentliche Sprechstellen zeigen, wie unentbehrlich der Fernsprecher geworden ist.

— **Notstandsunterstützung für die erzgebirgische und vogtländische Landwirtschaft.** Dem Landtage ist eine Regierungsvorlage zugegangen, in der die Bewilligung eines Berechnungsgeldes zur Notstandsunterstützung in Höhe von 500.000 Mark bei der Beschaffung von Saatgutmitteln für die erzgebirgische und vogtländische Landwirtschaft gefordert wird. In der Begründung wird ausgeführt, daß viele kleinere Landwirte in den betreffenden Gegenden infolge der in die vorjährige Erntezeit fallenden swöchigen Regenperiode so schwer geschädigt worden sind, daß sie ohne weitgehende Hilfe im Frühjahr nicht in der Lage sein würden, sich das zur Aussaat notwendige Saatgut zu verschaffen. Das Saatgut soll wieder, wie im Vorjahre, für 50 Mark für den Zentner abgegeben werden. Die Unterstützung sollen nur solche Landwirte erhalten, auf deren Grundbesitz nicht mehr als 1200 Steuerhectaren ruhen, die 1919 in keiner höheren als in der 15. Klasse des sächsischen Einkommensteuertarifs eingeschätzt waren und deren Gut nicht unter 600 Meter Höhenlage sich befindet. Die Durchführung dieser Unterstützungsmäßnahme soll wieder in die Hände der Amtshauptmannschaften gelegt werden, die die Verteilung vorzunehmen hätten.

□ **Waisenfürsorge.** Die Waisennot ist in schneller Wäschung und greift mehr und mehr auch in die Schichten des Mittelstandes hinein. Wie der Reichsverband für Waisenfürsorge (Deutsche Reichsfürsorge) mitteilt, sind ihm in letzter Zeit zahlreiche Antragsgesuche für Waisen zugegangen. Durch Vermehrung der Besetzungsstellen konnten diese Antragsgesuche aus allen Gauen Deutschlands berücksichtigt werden. Die Unterhaltskosten für die Kinder sind aber angesichts der herrschenden Teuerung derart gestiegen, daß die großen und in der jetzigen Zeit besonders wichtigen Aufgaben zum Besten der verwaiseten hilfsbedürftigen Jugend nur dann erfüllt werden können, wenn jeder Waisenkinder ein Wert der Deutschen Reichsfürsorge lauffähig unterstützt. Die Reichswaisenhäuser stehen unter der Leitung von pädagogisch durchgebildeten Hausvätern und nehmen Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahre ohne Unterschied der Konfession auf.

□ **Muß etwas aus der Schaufensterauslage verkauft werden?** Mit dieser für die ganze deutsche Geschäftswelt wichtigen Frage beschäftigte sich ein Berliner Schöffengericht in einer Verhandlung gegen einen Schuhhändler. Bei ihm wollte ein Käufer für sein zweijähriges Kind ein Paar Stiefel haben, das im Schaufenster stand. Die Herausgabe der Schuhe wurde mit der Begründung verweigert, daß man den ganzen Erker ausräumen müsse, um der Ware habhaft zu werden. Die Folge war, daß der Schuhhändler wegen Verkaufsverweigerung einen Strafbescheid über 100 Mark erhielt. Das Gericht erkannte auf 50 Mark Geldstrafe. Der Ladeninhaber sei verpflichtet, die Ware aus dem Schaufenster herauszugeben. Es sei eine alte Erfahrung, daß vielfach Waren nur als Lockmittel aufgestellt würden, und daß nur ein Stück der Ware im Geschäft vorhanden sei. Wenn der Angeklagte behauptete, er habe die Schuhe nicht herausgeben können, so hätte er sich einen Apparat zum Herinnehmen besorgen können.

□ **Erziehung zum Telefonieren.** In einer Veröffentlichung des Reichspostministeriums wird es als Zielverwendung getadelt, daß viele Fernsprechteilnehmer die Gewohnheit haben, wenn man sie anruft, bei der Verbindung nicht gleich mit ihrem vollen Namen hervorzutreten, sondern zunächst nur ihr Amt und ihre Nummer zu nennen. Der Anrufer wisse dann nicht genau, ob er mit dem richtigen Teilnehmer spreche, oder ob er dem Amt eine falsche Nummer genannt oder das Amt ihn unrichtig verbunden habe. Ferner wird es getadelt, daß viele bei einem Anruf mit „Hallo“ antworten. Diese aus Amerika stammende Gewohnheit laufe ebenfalls lediglich als Zielverwendung hinaus, weil der Anrufer, wenn man sich ihm gegenüber mit „Hallo“ meldet, damit zunächst nichts anfangen könne, vielmehr erst wieder fragen müsse, mit wem er denn die Ehre habe, verbunden zu sein. Es wird demgegenüber empfohlen, nach amerikanischem Vorbilde bei Beantragung des Anrufs den eigenen Namen oder den Namen der eigenen Firma zu nennen, soweit der Teilnehmer nicht die Kennung der Anschlußnummer beibehält. Bei dem Anruf, den der „Hallo“-Anrufer in Deutschland angenommen hat, entlasse jedes entsprechende Wort, um das die Gesprächsgegenstände klargestellt werden, den Betrieb in den außerordentlich in Anspruch genommenen Verbindungsleitungen der Ortsämter, was den Teilnehmern selbst wieder zugute kommt.

— **Tagung der sächsischen Ortskrankenkassen.** Der Verband von Ortskrankenkassen im Freistaat Sachsen hält am 6. Februar d. J. in Dresden eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Bericht des Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Vetter über die Stellungnahme zur Erhebung der doppelten Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach dem Gesetz über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung vom 26. Dezember 1920.

— **Besserstellung der Kriegsbeschädigten.** In der heutigen Sitzung des Reichsausschusses für die Kriegsbeschädigtenfrage erklärte ein Regierungsovertreter, die Regierung habe verschiedene Maßnahmen in Aussicht genommen, um namentlich die Schwerbeschädigten besser zu stellen. Die Ruhegrenze soll um etwa 2000 Mark heraufgesetzt und auch die Elternrenten sollen erhöht werden. Für die Fürsorge für die Kinder der Kriegsbeschädigten seien bereits 100 Millionen Mark genehmigt. Die Teuerungszulagen sollen einer Revision unterzogen und Härten ausgeglichen werden.

— **Generalmajor Müller — Landeskommandant von Sachsen.** Das Reichswehrgesetz sieht im § 11 vor, daß in den Ländern auf ihr Verlangen ein Landeskommandant bestellt wird, der durch den Reichspräsidenten im Einvernehmen mit der Landesregierung zu ernennen ist. Wie wir erfahren, ist für Sachsen der Generalmajor Müller in Dresden, der gleichzeitig Infanterieführer IV ist, bereits ernannt worden.

— **Die Garnisonorte im 4. Wehrkreis.** Nachdem die Reichswehr auf 100.000 Mann verringert worden ist, hat auch eine neue Einteilung der Garnisonorte im Wehrkreis 4 stattfinden müssen. Garnisonorte sind nunmehr Dresden, Bautzen, Löbau, Großenhain, Meißen, Freiberg, Frankenberg, Döbeln, Grimma, Leipzig, Torgau, Dessau, Zerbst, Magdeburg, Halberstadt, Quedlinburg und Stendal. Die Neuabteilung der Orte mit Militär ist bereits durchgeführt. Als Truppenübungsplätze bleiben nur Königsbrück und Altengrabow bestehen. In Zeithain ist nur noch ein Divisions-Regiment. Auf der Festung Königstein befindet sich ein Soldateneinzelheim und eine Wachtkompanie.

— **Kalte Füße.** Wer hätte nicht schon über kalte Füße geklagt oder klagt? Besonders beim Schlafen gehen können kalte Füße zur Bein werden. Die Ursache kalter Füße kann mancherlei Art sein: nervöse Zustände, Blutararm, zu vieles Sitzen bei geistiger Arbeit, zu enges Schuhwerk usw. Man muß danach trachten, diese Ursachen hinwegzuräumen. Die besten Mittel sind gymnastische Übungen, Massagen, tüchtige Bewegung durch längeres Marschieren usw. Hierbei tritt die Heilwirkung freilich nur erst nach und nach ein, und so kommt man immer wieder auf das altbewährte Heilmittel der Fußbäder zurück. Noch viel wirksamer als das einfache Baden der Füße in warmem Wasser sind die Wechselbäder, die nicht oft genug empfohlen werden können. Es gehören hierzu zwei Fußwannen; die eine mit Wasser von etwa 34—36 Grad Reaumur, die andere mit solchem von 15—18 Grad Temperatur. Zunächst badet man die Füße in dem warmen Wasser drei Minuten lang, hiernach in dem kalten Wasser — das aber keineswegs kalt empfunden wird — nur eine Minute lang. Die Prozedur wird zwei- bis dreimal wiederholt, danach trocknet man die Füße trocken, zieht trockene, möglichst wollene Strümpfe und warme Schuhe an und geht einige Minuten umher oder legt sich sogleich zu Bett. Die Wirkung ist sehr viel nachhaltiger als diejenige einfacher Fußbäder. In neuerer Zeit werden auch Fußdampfbäder sehr empfohlen, die allerdings eine reichliche halbe Stunde Zeit erfordern. Bei chronisch kalten Füßen hat man damit ausgezeichnete Erfolge erzielt.

— **Das Delsniger Grubenunglück.** Die Zahl der Todesopfer hat sich bis Mittwoch nachmittag auf 54 erhöht. Es wird angenommen, daß die noch in den Krankenhäusern befindlichen elf Verletzten sämtlich mit dem Leben davonkommen. Für die heute, Donnerstag, nachmittag 3 Uhr stattfindende gemeinsame Beerdigung der Delsniger Opfer sind umfangreiche Vorbereitungen getroffen worden. So haben sich Vertreter der sächsischen Staatsregierung sowie sämtlicher Fraktionen des sächsischen Landtages, die Bergbauprüfer von Stollberg und Freiberg, der Bergbauvereine für Delsnitz, Zwickau sowie Abordnungen sämtlicher Steinlohlenwerke Sachsens zur Teilnahme angemeldet. Reichspräsident Ebert hat an die Gewerkschaft Deutschland folgende Rundgebung gerichtet: „Die Nachricht von dem schweren Grubenunglück, das so vielen braven Bergleuten Leben und Gesundheit nahm, hat mich tief bewegt. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen und den Unglücklichen meine herzlichste Teilnahme und den Verunglückten meine besten Wünsche für ihre Wiederherstellung zu übermitteln.“ Die Gewerkschaft „Deutschland“, unter deren Verwaltung der Friedensschutz steht, hat für die Hinterbliebenen der Opfer zunächst 150.000 Mark bereitgestellt. Die Bergarbeiter wollen ein Drittel des Lohnes einer Schicht den Hinterbliebenen ihrer toten Kameraden spenden. Die Kosten der Beerdigung trägt die Gruberverwaltung.

— **Meißen.** Wie die „Sächs. Ev. Rev.“ aus sicherer Quelle erfährt, haben in einem Dorfe des Bezirks Meißen die Bauern den Lehrer gezwungen, das abgeschaffte Schulgebet wieder einzuführen.

— **Schönberg (O.-L.)** Beim Outebesitzer Jeremias wurde von einer Juchtau ein Ferkel mit acht Beinen, vier Ohren und zwei Schwänzen geworfen.

— **Oberwiesenthal.** Das Sporthotel wird wieder zum modernen Fremdenhof eingerichtet. Die Sorge, daß dieses prächtige Haus dem Fremdenverkehr verloren gehen könnte, ist damit endlich geschwunden. Unleugbar verdankt das Fichtel- und Keilberggebiet seinen großen Aufschwung als Wintersport-Gelände zum guten Teile diesem Hotelunternehmen. Hotelier Prager aus Swinemünde wird das Haus erneut seiner Bestimmung als vornehme Gaststätte zuführen. Damit wird es allerdings in diesem Winter nicht mehr werden, da die gesamte Einrichtung neu beschafft werden muß.

— **Plauen.** Ueber den Pöhlter Schulstreik teilt das Bezirks-Schulamt mit, daß Kultusminister Fleißner sich nicht in der Lage gesehen hat, dem Antrag eines Teiles der Elternschaft von Pöhl, Winkler, entgegen dem Spruch des

Disziplinarhofes, in Pöhl als Lehrer zu belassen, Rattzugeben; er hat jedoch gnadenweise beschlossen, Winkler zur Bewerbung um ständige Schulstellen außerhalb des Bezirkes der Bezirksschulämter Plauen wieder zuzulassen und seiner Verwendung als Vikar außerhalb der genannten Bezirke, solange er eine ständige Anstellung nicht gefunden hat, nicht entgegen zu sein. Von einer Verabreichung der Existenzmöglichkeit kann sonach gleichfalls nicht die Rede sein. Nachdem nunmehr in dem Disziplinarverfahren gegen Winkler der gesamte Instanzenzug erschöpft ist, sieht sich das Bezirkschulamt genötigt, für Wiederaufnahme des geregelten Schulbetriebs in Pöhl Sorge zu tragen. Die Elternschaft der Schulgemeinde Pöhl ist aufgefordert worden, ihre schulpflichtigen Kinder unverzüglich der Schule wieder zuzuführen.

— **Plauen.** In der Nacht zum Montag wurde in der Pförtnerstraße eine Schaufensterscheibe im Werte von 1500 Mark eingeschlagen. Ein Angehöriger des geschädigten Ladenbesizers legte den Uebelthäter nach, wurde aber von diesen angegriffen und mit Stockschlägen so übel zugerichtet, daß er bewußtlos liegen blieb.

— **Grimma.** Interessante Zahlen zur Volksbewegung wurden auf der Diensterversammlung der Hebammen des Bezirks Grimma bekanntgegeben. Die Zahl der Geburten, die von 2673 im Jahre 1914 auf 1204 im Jahre 1917 gesunken war, erreichte darnach im Jahre 1920 die Zahl von 2993, also 320 mehr als 1914. Da nach den Berichten der Standesämter die Zahl der Eheschließungen zugenommen hat, ist auch in den nächsten Jahren eine er-

höhte Geburtenzahl zu erwarten. Die Zahl der gestifteten Kinder ist von 78,6 im Jahre 1914 auf 92 Prozent im Jahre 1920 gestiegen.

— **Leipzig.** In Haft kam ein 36-jähriger Vertreter von hier, der sich als Polizeibeamter bei einer ausländischen Studentin einführte und sie anforderte, einen ihr bekannten Volontär telephonisch herbeizurufen. Während dies geschah, rahl der „Polizeibeamte“ ihr eine silberne Geldtasche mit 51 Mark. Auf dem Amtsgericht nahm er dem ahnungslosen jungen Manne 300 Mark ab, da er sonst eine gegen ihn angeblich schwebende Anzeige verfolgen müßte. Zu spät merkten die Geprüften, daß sie einem frechen Schwindler in die Hände geraten waren. Jetzt ist es gelungen, ihn unschädlich zu machen.

Anlässlich unserer Vermählung sind uns von lieben Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten in so überaus reichem Maße Glückwünsche und wertvolle Geschenke übermittelt worden, für die wir hierdurch allen, zugleich im Namen unserer Eltern, unseren herzlichsten Dank aussprechen.

Besonderen Dank der lieben Jugend zu Köhrsdorf für das Binden der Girlanden und dem Militärverein für das wertvolle Geschenk.

Köhrsdorf und Raundorf,
am 23. Januar 1921.

Arthur Ulbrich und Frau Wella
geb. Danwald.

Ortsauschuß des Handwerks. Sprechstunde

Freitag nachmittag 1/4 4 Uhr im „Löwen“.

Thema: Aufklärung über Umsatzsteuer.

Vordrucke mitbringen.

Besprechung über einen Buchführungskursus f. Handwerker.
Der Vorsitzende.

Spar-, Kredit- und Bezugsverein Sachsdorf, e. G. m. u. S.

Die Mitglieder werden zu der

31. ordentlichen

Hauptversammlung

Dienstag den 8. Februar 1921, nachmittag 4 Uhr in dem hiesigen Gasthof freundlichst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Verteilung des Reingewinnes. 4. Revisionsbericht. 5. Wahlen. 6. Verschiedenes.

Jahresrechnung und Bilanz liegen bis zum Versammlungstage in der Wohnung des Rechners zur Einsicht aus.

Sachsdorf, am 23. Januar 1921.

Theodor Hillig.

2017

Hugo Lorenz.

Gasthof Blankenstein.

Sonabend den 29. Januar 1921

● Konzert ●

eines Dresdner Vokal-Quartetts.

U. a. Solosänge des Opéra- u. Konzertsängers
Martin Otto, Lieder zur Laute: Oskar Beck.

Begleitung: Johannes Möser.

Nach dem Konzert Ball.

Hierzu laden ergebenst ein Max Richter und Frau.

Kaffee-Berein Herzogswalde

Sonntag den 30. Januar

Ball.

2011

D. B.

Meißn. Chamotte-Kachelofen, Dauerbrand-Ofen, tragbare Kachelofen u. Herde, Rohre u. Knie sowie sämtliche Zubehöre für Ofenbaue

empfehlen
Alfred Heinzmann, Ofen- u. Kachelgeschäft, Limbach bei Wilsdruff.

Neues wieder billiger.

2019

Statt besonderer Anzeige!

Heute nacht entschlies ganz unerwartet infolge Herzschlages unsere treusorgende, liebe gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Marie Elisabeth verm. Stadtrat Bretschneider

geb. Köhlig

in ihrem 71. Lebensjahre.

Wilsdruff, am 27. Januar 1921.

In tiefem Schmerze

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag den 30. Januar nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Kriegsfleischverein Meißen-Land

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Meißen.

Bilanz per 1920.

Dez. 31. An: Effekten-Gto.	4367,07 Mk.	Ver: Gen.-Ant.-Gto.	5500,— Mk.
31. Kassen-Bestand	949,97 "	Ref.-Fds.-Gto.	2200,— "
31. Bank-Gto.	17672,— "	Gen.-Entsch.-Gto.	250,— "
		Rückverg. d. 1%	15039,04 "
	22989,04 Mk.		22989,04 Mk.

Anzahl der Genossen: 110; Abgang: —; Zugang: —.

Genossenschaftsanteile 5500 Mk.

Riemer.

2015

Ring.

Hierdurch zeige ich ergebenst an, daß ich mich in Meissen als

Rechtsanwalt

niedergelassen habe. Ich bin an sämtlichen Amtsgerichten und am Landgerichte Freiberg zugelassen.

Meine Kanzlei befindet sich Am Bahnhof 13 I. in den Büroräumen des verstorbenen Herrn Justizrats und Notars Wagner, in denen bisher die Zweigpraxis des Herrn Rechtsanwalts Dr. Kautenstrauch, Meissen, ausgeübt wurde. — Fernsprecher Nr. 96.

Dr. jur. Karl Albin Franke,
Rechtsanwalt.

Möhren,
Zwiebeln,
Rotkraut,
Weißkraut,
Apfel in versch. Breislagen
empfiehlt
Jäpel, Wilsdruff.

In den nächsten Tagen, bei günstiger Bitterung, treffen gesunde, frostfreie Kunkeln ein und erbitet Bestellungen.

Bei jeder Anzählung laufe

Wohnhaus

zu kauf. Angeb. m. Preis, Lage u. Größe u. T. 510, Stella Ann. Exp. Hannover, Eckstr. 15.

Kurt Siering, Potschappel

Tharandter Strasse Nr. 26

Rossschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegewerbe

Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

Stangen = Versteigerung.

Dienstag den 1. Februar d. J. von vormittags 10 Uhr an sollen auf Limbacher Revier, in der Struth ca. 900 Stk. sichte Stangen, 6—14 cm Unterstärke 35 Stk. sichte Spigenhausen (zu Baumstäben passend) unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Sammelplatz: am Konzertplatz.

Rößl, Revierrichter.

Forsthaus Wilsdruff.

Heute Freitag 2012

Bockbier mit Bockwürstel

Turnverein Grumbach
Sonabend den 29. Januar
Monatsversammlung
im Gasthof. Um allseitiges
Erfcheinen bittet D. B.

Gelegenheitskauf!

Hochfeiner

Delikateßkäse

ist eingetroffen bei

Jäpel, Wilsdruff.

Fernsprecher Nr. 543.

Für Wiederverkäufer billigste
Bezugsquelle.

Militärjoppen

(gr. Auswahl, neu u. gebraucht)

Mäntel, Hosen, Stiefel,
Schuhe, Mäntel kauft man
billig bei

Fritzsche, Dresden-Löbt.

Grumbacher Str. 20 p. ab
Burgstraße.

1009

2 Arbeitspferde

mit Geschirren stehen zum
Verkauf bei Paul Bohm,
Gasthof Grumbach.

Hochtragende

Ziege

sowie einen jungen

Ziegenbock

schwarze Rasse, zu verkaufen
Wo? sagt die Geschäfts-
stelle d. Bl. unter 2020.

Kraft-Mittelmagd,
welche gut milken kann, für
1. März gesucht.

Angeb. unt. 1999 an die
Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Drucksachen

liefert sauber und schnell
die Tageblattdruckerei.

Gebrauchten

Raninchenstall

kauft Rudolf Sohr,
Ehrenfriedhof 202.